

# Heilen für die Heimatfront?

## *Das geplante Gesundheitssicherstellungsgesetz und seine Auswirkungen auf das Gesundheitswesen*

Die Ampel- Regierung will im Sommer ein sog. Gesundheitssicherstellungsgesetz verabschieden. Es soll die seit 1965 für den „Verteidigungsfall“ für verschiedene Branchen erlassenen Notstandsgesetze ergänzen. Die offiziellen Stichworte heute sind "Gesamtverteidigung" (gemeint ist der totale Krieg) und "zivil- militärische Zusammenarbeit".

Bislang gibt es keine öffentlich zugänglichen Entwürfe des Gesundheitssicherstellungsgesetzes, geschweige denn, eine öffentliche Debatte. Aber es ist nicht der erste Versuch, auch für den Gesundheitsbereich eine im Krisenfall greifende Sicherstellung der Arbeitskraft zu erzwingen. 1982 scheiterte der letzte Versuch am breiten Widerstand, nicht zuletzt der Beschäftigten.

Es ist davon auszugehen, dass die Struktur des Gesetzes heute ähnlich wie damals sein und die gleiche Zielrichtung verfolgen wird. Allerdings haben sich die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen in den letzten 40 Jahren geändert.



Wir wollen ein paar grundlegende Fragen stellen und diskutieren:

- Welche grundsätzlichen politischen Ziele verfolgt ein Gesundheitssicherstellungsgesetz? Was sind demgegenüber die Bedürfnisse der Bevölkerung hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Versorgung?
- Unterscheidet sich die geforderte „Kriegsfähigkeit“ grundsätzlich vom mittlerweile normalen „Krisenmodus“ des Gesundheitswesens?
- Welche Veränderungen könnten konkret auf uns zukommen? Was bedeuten Sie für die Beschäftigten im Gesundheitswesen, aber auch für uns als (potenzielle) Patienten?
- Wie fügt sich das Gesundheitssicherstellungsgesetz in den Gesetzeskanon zur Krisenbewältigung ein – auch auf europäischer Ebene?

Diskussionsveranstaltung  
Dienstag, 30. April 2024 um 19.30 Uhr  
Mieterpavillon, Friedrich-Naumann-Str. 7

